

Gesamtmitgliederversammlung Wahlkreis 69, 19.2.2021, Stephan Krull

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,
heute jährt sich der rassistische Anschlag von Hanau zum ersten Mal. Ich bitte Euch, dass wir uns der Opfer des Terroranschlages in Hanau in einer Gedenkminute erinnern.

Am 19. Februar 2020 hat ein Rechtsradikaler in seinem rassistischen Wahn, in einem Akt des Terrors, neun junge, eingewanderte Menschen mit Migrationsgeschichte erschossen:

- Gökhan Gültekin, 37,
- Sedat Gürbüz, 30,
- Said Nesar Hashemi, 21,
- Mercedes Kierpacz, 35,
- Hamza Kurtović, 22,
- Vili Viorel Păun, 23,
- Fatih Saraçoğlu, 34,
- Ferhat Unvar, 22,
- Kaloyan Velkov, 33,

Er hat sie erschossen, weil sie nicht in sein Weltbild passten, weil sie nicht blond und blauäugig waren, weil sie ihm nicht deutsch genug waren.

Mit unserem Gedenken verbinden wir unseren weiteren Kampf gegen jede Form von Ausgrenzung, von Antisemitismus, Rassismus und Frauenfeindlichkeit – gegen jede Form von individueller oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit!

Wir fordern, dass Konsequenzen gezogen werden und es Gerechtigkeit gibt. Wir fordern die Zerschlagung aller rechten Netzwerke in den Sicherheitsbehörden und das Ende der rassistischen Polizeipraxis des „racial profiling“. Wir setzen uns gegen strukturellen Rassismus ein, der sich durch alle staatlichen Einrichtungen und die Gesellschaft zieht. Wir fordern und leisten antirassistische politische Bildung, ohne die wir den Rassismus nicht überwinden können. Unsere Solidarität ist und bleibt unteilbar!

Ich danke Euch.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Es ist leider wenig Zeit für Vortrag und noch weniger Zeit für Debatte. Ich kann viele Punkte deshalb nur streifen und einige gar nicht ansprechen.

Was sind die wichtigsten Themen für unseren Wahlkampf?

1. Konkret: Wer zahlt die Krise? Welche Personen, welche Schicht, welche Klasse und ganz konkret hier vor Ort. Es deutet sich an:
Es gibt kein Überbrückungsgeld für 100 Euro für HartzIV-Empfängerinnen, kein Geld für Kindergrundsicherung, in Magdeburg kein Geld die beschlossene kostenlose Schülerbeförderung umzusetzen – aber hunderte Milliarden zur Rettung von Banken und Konzernen.
2. Das zweite, etwas abstraktere Thema: Wie ist der Klimawandel zu stoppen?
Kohleausstieg kommt zu spät und ohne Beteiligung der Menschen in den Revieren. Mobilitätswende als Teil der sozial-ökologischen Transformation ist der zweite Aspekt zum Thema Klimawandel. Das ist einer der Punkte, die ich jetzt nicht weiter ausführen kann.

Aber: Das sind die Megathemen im Jahr 2021 und beides sind Systemsprengerfragen.

Im Kapitalismus müssen wir kämpfen, um ihn zu überwinden – der Kapitalismus löst keines der Probleme, sondern verschärft sie. Ja, wir müssen aus dem Quark kommen: Die Schritte immer in die richtige Richtung: Demokratie, Beteiligung der Menschen, sie als politische Subjekte ansprechen.

Prämissen im Wahlkampf (5) – alles nur ganz kurz, angeschnitten:

1. **Wahlkampf in Zeiten der Pandemie** ist arg eingeschränkt wird schwer genug – eventuell wieder schlimmer, wenn Schulen öffnen.

Wann immer es geht, wollen wir Infostände machen, Material verteilen, Haustürgespräche führen, Kinderfeste veranstalten und am 4. Juni gemeinsam mit dem Landesverband eine große Abschlussveranstaltung gestalten.

Und wir müssen einen Online-Wahlkampf führen.

Wir sind schon ganz gut mit unserer Webseite, bei twitter, facebook und Instagram, wollen aber noch youtube ausbauen. Und vor allem brauchen wir mediale Verstärker, um aus unserer eigenen Blase heraus zu wirken.

So banal es sich anhört: Jeder Like, vor allem jedes teilen von unseren Beiträgen erhöht unsere Reichweite! Wenn ihr – auf welchem Kanal auch immer – Eure Freunde, Eure Familie, Kommilitoninnen und Kollegen informiert und diese bittet, Euch zu unterstützen, dann kommen wir aus unserer Blase, dann gelingt es uns, andere Menschen anzusprechen und sie mit unseren Vorschlägen bekannt zu machen.

Mit einer Mischung aus Online und Offline, mit Twitter und Hausbesuchen, mit Facebook und Infoständen haben Sozialisten und linke Demokraten in den USA Wahlkampf gemacht und sind dabei recht erfolgreich gewesen.

2. **Stärken bzw. Schwächen unseres Stadtverbandes**

Mitglieder bilanziert: keine 450 mehr, sondern nur noch 380. Aus unterschiedlichen Gründen sind nur ca. 10 bis 15 Prozent der Mitglieder aktiv und unsere jungen Genossinnen und Genossen bewegen viel mehr, als noch vor wenigen Jahren. Die Zusammenarbeit zwischen Stadtvorstand und Stadtratsfraktion klappt reibungslos. Das Gegeneinander, das viele Jahre diesen Stadtverband geprägt und seinen Ruf beschädigt hat, ist weitgehend überwunden. Aber alles kann und muss besser werden, wir können uns nicht zufrieden ausruhen.

Einige Mitglieder stehen noch an der Seitenlinie und schauen, ob sie etwas zu meckern finden bei denen, die aktiv sind. Das müssen wir noch ändern bzw. beenden, sonst könnte es am 6. Juni und 26. September ein böses Erwachen geben. Unsere inhaltlichen Positionen sind nämlich weitgehend nicht falsch und sie sind auch nicht unbeliebt - in der Regel kennen sie die Leute einfach nicht.

Wir haben in unserem Stadtverband Magdeburg ca. 25 Neuaufnahmen in den letzten 1 ½ Jahren, eine Aktionsgruppe und bessere social-media-Arbeit. Lasst uns doch einfach die nächsten 7 Monate die gleiche Energie dafür aufbringen, mit den Unentschiedenen und Schwankenden zu reden, ihnen Vorschläge zu machen, statt uns gegenseitig in die Hacken zu treten.

3. **Der Bundestagswahlkampf läuft parallel zur Landtagswahl.**

Für die Landtagswahl wurde vor zwei Wochen eine Landesliste beschlossen. Nicole Anger auf Platz 9 der Liste ist gut, Dennis Jannack als zweiter aus unserem Stadtverband auf Platz 20 ist zu weit hinten – nachdem davor drei Plätzen für Halle und je zwei Plätzen für Harz, Burgenlandkreis und Mansfeld-Südharz gesetzt wurden. Dabei geht es nicht um Konkurrenz zu den anderen Kreisverbänden, sondern um eine ungefähre Widerspiegelung der Verhältnisse im Land, in der Bevölkerung und in unserer Partei.

Unseren erstplatzierten Vorschlag Jenny Schulz ohne Begründung überhaupt nicht zu berücksichtigen, ist ein Affront des Landesvorstandes gegenüber unserem Stadtverband.

Was folgt aus alledem? Wir sollten um das Direktmandat im Norden kämpfen. Das erfordert große, fokussierte Anstrengungen. Nur so können wir den Trend drehen!

4. **OB-Wahl** – gut, dass Trümper geht. In Magdeburg steht endlich ein Aufbruch an. Bei allem Respekt gegenüber dem OB haben wir mit dem Auftreten, mit der Art und Weise der Kommunikation von Herrn Trümper durchaus unsere Probleme. Aber das geht ja keineswegs nur uns so, sondern auch seiner Partei, der SPD, die er zwischenzeitlich verlassen hatte.

In 20 Jahren hat Herr Trümper einiges für die Stadt bewegt - aber er hat auch vieles verbockt oder viel zu lange hinausgezögert. Manche Entscheidungen, wie zum Beispiel den Bau des Tunnels am Bahnhof, halten wir grundlegend für falsch und unangemessen angesichts der Verkehrssituation in der Stadt.

Was die Nachfolge betrifft, geht es vor allem um einen demokratischen Weg, der die Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner und deren Bedürfnisse ebenso berücksichtigt wie die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat. Hier haben die progressiven Kräfte links der CDU eine Mehrheit. Diese Mehrheit im Stadtrat wollen wir stärken.

Sie soll ebenso wie die sozialen Belange der Bevölkerung bei der Wahl der künftigen Oberbürgermeisterin – das wäre ja mal etwas ganz neues für Magdeburg, eine Oberbürgermeisterin gab es in der Geschichte dieser Stadt noch nicht – bzw. des künftigen Oberbürgermeisters zum Ausdruck kommen. Darum bemühen wir uns in Gesprächen mit Grünen und SPD und unseren personellen Planungen. Die Ergebnisse sind noch offen. Das wichtigste scheint uns zu sein, einen CDU-OB zu verhindern und den Einfluss der AfD zu minimieren.

Dazu müssen wir uns demnächst auf einem weiteren Parteitag verständigen – gerne aber auch in den Versammlungen unserer Ortsverbände.

5. **Stagnierende bis Sinkende Umfragewerte** – Es gibt eine Uneindeutigkeit der Partei in vielen Fragen und Streit Personen und Positionen. In einer pluralen Partei ist das zu ertragen – wir müssen nur arg aufpassen, dass das nicht unser Bild in der Öffentlichkeit prägt und schließlich zur Dezimierung oder Spaltung der Partei führt. Ob es da sinnvoll ist, diejenigen nach vorne zu schieben, die am meisten polarisieren, halte ich für die falsche Strategie. Und ob die Orientierung auf „ländliche Regionen“ die Richtige ist, bezweifle ich ebenfalls.

Ein viel diskutiertes Beispiel der Debatte in unserer Partei ist der Entwurf Bundestagswahlprogramm, z.B. unser Verhältnis zu Frieden und Krieg, zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr.

Einerseits im Programmentwurf die Berufung auf unsere friedenspolitischen Positionen: Die Nato ist durch ein System der kollektiven Sicherheit zu ersetzen, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Rüstungsausgaben sind drastisch zu senken. Andererseits: ganz pragmatisch, Matthias Höhn als zuständiger MdB, spricht sich – nur als Beispiel – für die Beteiligung an „friedenssichernden“ Einsätzen der UNO. Drittens: Andere in der Partei, MdB Sevim Dagdelen zum Beispiel, wirft schon dem Programmentwurf die Aufgabe friedenspolitische Positionen vor.

Ein Experte für Außen- und Friedenspolitik bin ich nicht. Deshalb stelle (mir) aber folgende einfache Frage: Warum musste Horst Köhler 2010 seinen Hut als Bundespräsident nehmen? Er sagte sinngemäß: „Militärischer Einsatz sind notwendig, um unsere wirtschaftlichen Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege.“

Köhler hatte Recht, er hat die Wahrheit ausgesprochen: Außen- und Militärpolitik sind immer auch geopolitische Machtpolitik – von USA wie von Russland und von China. Deutschland und die EU bilden da keine Ausnahme. Solange der Charakter dieser Gesellschaft nicht verändert wird, ändert sich auch nicht der Charakter von Militärpolitik und Außenpolitik – wozu auch Entwicklungspolitik gehört.

Auch das kann ich jetzt nicht weiter ausführen, wir wollen dazu möglichst kurzfristig eine Debatte im Stadtverband organisieren – voraussichtlich am 16. März, leider wieder nur Online.

Was geht unter im Streit um marginal strittige Positionen und im Machtgerangel um Parteivorstand und Bundestagsmandate?

Es geht unter, dass es höchste Zeit ist zu handeln! Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit!

Der Markt regelt nix – wir müssen den Markt regeln, zähmen! Es rettet uns kein höh`res Wesen – Wir müssen aktiv werden, selbst handeln und andere mitnehmen. Die sozialen Auseinandersetzungen haben längst begonnen und werden den Wahlkampf dominieren. Niemand hat dazu bessere Ideen und Vorschläge als wir, Die LINKE!

Liebe Genossinnen und liebe Genossen!

Lasst es uns gemeinsam anpacken, um den Trend zu drehen, um am 6. Juni und am 26. September jeweils ein gutes Wahlergebnis für die Menschen in Stadt und Land, für unseren Stadtverband und für die gesamte Partei zu erreichen! Lasst uns einen großen Beitrag dazu leisten, dass die Rassisten und Nazis innerhalb und außerhalb der Parlamente in die Schranken gewiesen werden.

Unsere Solidarität ist und bleibt unteilbar!